



Sind Jugendliche unpolitisch? Hier demonstrieren sie bei **Fridays For Future** in der Columbusstraße für eine klimagerechte Zukunft. In Bremerhaven bekommen Schüler nun ein eigenes Parlament.

Foto: Scheschonka

Ja zum Jugendparlament

Bremerhavens Schüler ab Klasse 8 bekommen Werbebudget, Personal und Geld für Wunschprojekte

Von Maike Wessolowski

BREMERHAVEN. Bremerhaven bekommt ein Jugendparlament. In der Stadtverordnetenversammlung heizte Thomas Jürgewitz (AfD) die Debatte mit der Aussage an, die Mehrheit der Jugend sei unpolitisch und das Jugendparlament zu teuer. Er stimmte gegen die Einrichtung. Nicht nur Greta Thunberg als Gründerin der weltumspannenden Bewegung Fridays For Future und ihre gleichaltrigen Anhänger und Kritiker beweisen das Gegenteil. Aus allen anderen Fraktionen gab es kräftige Unterstützung für die Idee. Nun sind die Schüler am Zug.

Bremerhavens Schüler ab Klasse 8 bekommen Werbebudget, Personal und Geld, um Wunschprojekte zu realisieren, auf die sich das neue Jugendparlament einigt. Im August 2017 von CDU und SPD beschlossen, hat das Projekt Jugendparlament für Bremerhaven erst 2019 wieder Fahrt aufgenommen. In den Haushaltsberatungen im vergangenen Herbst wurde Geld bereitgestellt.

Alle Jugendlichen der allgemein- und berufsbildenden Bremerhavener Schulen städtischer und privater Trägerschaft ab Klassenstufe 8 wählen je drei Delegierte pro Schule für das Jugendparlament. Das Jugendparlament tagt zweimal im Jahr, die Sitzungen sollen live übertragen werden. Seine Mitglieder werden für zwei Jahre gewählt.

Das Jugendparlament gibt sich selbst eine Geschäftsordnung und

bildet Arbeitsgruppen. Für die Umsetzung von Projekten stehen 50 000 Euro zur Verfügung. Um für das Jugendparlament speziell über soziale Medien zu werben, gibt es weitere 30 000 Euro. Zudem soll eine pädagogische Vollzeitkraft die Organisation anleiten und die Jugendlichen begleiten.

150 000 Euro Kosten, davon 70 000 Euro für die Vollzeitstelle, waren Sven Lichtenfeld (BiW) zu viel. Sei eine Vollzeitstelle richtig,

wenn man noch nicht weiß, ob das Jugendparlament angenommen wird, fragte der Stadtverordnete. Schuldezernent Michael Frost (parteilos) drehte die Frage um:

„Wie soll es ein Erfolg werden, wenn wir mit halber Kraft oder ohne Budget an den Start gehen?“

Durch die Bank äußerten die Fraktionen große Freude über das

gemeinsam beschlossene Projekt. „Ein Meilenstein“, lobte Hauke Hiltz (FDP), dass man dies als eine Art „Lehrstunde der Demokratie“ bereithalte. Julia Stephan-Titze (Grüne) freute sich „wie Bolle“, widersprach aber in einem Punkt: „Die Jugendlichen werden uns eine Lehrstunde erteilen.“

Denn die Jugendlichen können nicht nur mit dem Budget selbst Projekte verwirklichen, sondern die Beschlüsse der Schüler werden zudem in der Stadtverordnetenversammlung beraten. Es werde also eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Vorstellungen der jungen Leute geben. Das freut auch Stadtverordnetenvorsteher Torsten von Haaren (SPD): „Es ist wichtig, dass Themen der Kinder und Jugendlichen mehr Eingang in die Stadtverordnetenversammlung finden.“

Nur Thomas Jürgewitz und Wolfgang Koch (AfD) waren dagegen. Jürgewitz: „Blödsinn. Die meisten Jugendlichen sind unpolitisch, und vielleicht ist das auch gut so.“ Man brauche das Jugendparlament ebenso wenig wie einen Rat ausländischer Mitbürger. Es sei nur eine „weitere politische Vorfeldorganisation“.

Damit löste Jürgewitz teils flammende Gegenreden aus allen anderen Fraktionen aus. „Sie dürfen nicht so schlecht über Bremerhavens Schüler reden“, sagte Sascha Schuster (BiW). „Schüler sollen lernen, dass Politik Arbeit macht, man aber auch mit Engagement Erfolge erzielen kann“, ergänzte seine Fraktionskollegin Julia Tie-



In Deutschland gibt es ein Europäisches Jugendparlament seit 1990. Unser Bild zeigt die damalige Abgeordnete Theresa Schächter 2002 im Landtag in Mainz. Foto: Stratmann

demann.

Sönke Allers (SPD) verurteilte scharf, dass mit dieser Einlassung „die Urpfeiler der Demokratie so in den Dreck“ gezogen würden, und sagte: „Jugend war politisch, ist politisch und wird es immer sein.“ Schon die Wahl eines Klassensprechers sei ein demokratischer Akt. Das Jugendparlament kann jedenfalls starten: Je nachdem, wie schnell die Stelle der pädagogischen Fachkraft besetzt werden kann, soll das Gremium bereits im Frühsommer eine erste Sitzung abhalten. (ger)